

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Gustav Herzog, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
– Drucksache 17/13228 –

Organisationserlass zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung stoppen – Reform rechtssicher gestalten

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Herbert Behrens, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**
– Drucksache 17/13229 –

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ohne Beschlussfassung des Deutschen Bundestages und Bundesrates verhindern

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, ihre aktuellen Pläne und Maßnahmen für einen Verwaltungsumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) unverzüglich zu stoppen und auf den angekündigten Organisationserlass zur Einrichtung einer „Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt“ noch vor der Bundestagswahl im September 2013 zu verzichten; nach der Bundestagswahl einen neuen Dialogprozess mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen über die zukünftige Struktur der WSV zu beginnen; hierbei eine intensive parlamentarische Beteiligung zu gewährleisten; allen Entscheidungen über die künftige Struktur der WSV eine umfassende Aufgabenkritik und eine grundlegende Personalbedarfsermittlung voranzustellen sowie eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der Vergabe von Aufgaben an private Unternehmen durchzuführen und für eine angemessene Ausstattung der WSV mit Haushaltsmitteln zu sorgen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, den zum 1. Mai

2013 in Kraft tretenden Errichtungserlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Gründung einer Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt zurückzunehmen; die Anpassung der Zuständigkeiten der Wasser- und Schifffahrdirektionen sowie die übrige organisatorische Umgestaltung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes nicht durchzuführen und auf Basis eines ergebnisoffenen Dialogs mit den Bundesländern, den Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie den Trägern öffentlicher Belange einen Gesetzentwurf für eine alternative, zukunftsfähige Gestaltung der Wasserstraßeninfrastruktur und ihrer Verwaltung vorzulegen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13228 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13229 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Jeweils Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/13228 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/13229 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Torsten Staffeldt

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13228** in seiner 237. Sitzung am 25. April 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/13229** in seiner 237. Sitzung am 25. April 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf Drucksache 17/13228 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ihre aktuellen Pläne und Maßnahmen für einen Verwaltungsumbau der WSV unverzüglich zu stoppen und auf den angekündigten Organisationserlass zur Einrichtung einer „Generaldirektion für Wasserstraßen und Schifffahrt“ noch vor der Bundestagswahl im September 2013 zu verzichten; nach der Bundestagswahl einen neuen Dialogprozess mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen über die zukünftige Struktur der WSV zu beginnen; hierbei eine intensive parlamentarische Beteiligung zu gewährleisten; allen Entscheidungen über die künftige Struktur der WSV eine umfassende Aufgabenkritik und eine grundlegende Personalbedarfsermittlung voranzustellen sowie eine Wirtschaftlichkeitsprüfung der Vergabe von Aufgaben an private Unternehmen durchzuführen und für eine angemessene Ausstattung der WSV mit Haushaltsmitteln zu sorgen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf Drucksache 17/13229 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, den zum 1. Mai 2013 in Kraft tretenden Errichtungserlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Gründung einer Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt zurückzunehmen; die Anpassung der Zuständigkeiten der Wasser- und Schifffahrtsdirektionen sowie die übrige organisatorische Umgestaltung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes nicht durchzuführen und auf Basis eines ergebnisoffenen Dialogs mit den Bundesländern, den Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie den Trägern öffentlicher Belange einen Gesetzentwurf für eine alternative, zukunfts-

fähige Gestaltung der Wasserstraßeninfrastruktur und ihrer Verwaltung vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/13228 in seiner 109. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 107. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 123. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/13229 in seiner 107. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 101. Sitzung am 5. Juni 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ge-

gen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/13228 und 17/13229 in seiner 107. Sitzung am 12. Juni 2013 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, mit dem Organisationserlass vom 19. April 2013 habe das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einen entsprechenden Beschluss des Haushaltsausschusses umgesetzt. Aus ihrer Sicht sei hier im Hinblick auf Artikel 86 Satz 2 GG eine gesetzliche Regelung nicht erforderlich. Sie betonte, die Maßnahmen zur Gewährleistung der Sozialverträglichkeit gingen deutlich über das hinaus, was in der Vergangenheit in anderen Fällen, welche im Hinblick auf die Zahl der Betroffenen vergleichbar seien, möglich gewesen sei.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte die organisatorischen Änderungen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Die Koalition habe hier eine Fehlentscheidung getroffen und verweigere sich nun einer inhaltlichen Diskussion darüber. Zugrundegelegt habe dieser Entscheidung der Wunsch nach einer Privatisierung von Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Gerade auch das derzeitige Hochwasser gebe Anlass, über die getroffenen Entscheidungen noch einmal nachzudenken. Ein Gesetz sei jedenfalls notwendig, um Änderungen in den Außenbeziehungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu regeln.

Die **Fraktion der FDP** verwies auf die intensiven parlamentarischen Erörterungen, die es zu den organisatorischen Änderungen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bereits gegeben habe. Bezüglich der Umsetzung der Änderungen wies sie auf Artikel 86 Satz 2 GG hin, der regelt, dass bei bundeseigener Verwaltung, soweit das Gesetz nichts anderes bestimme, die Einrichtung der Behörden durch die Bundesregierung erfolge. Sie erklärte, sie halte

die organisatorischen Änderungen im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung für sachgerecht und verwies auf die vorgesehenen langen Übergangsregelungen und die sozialverträgliche Umsetzung des Personalabbaus. So werde beispielsweise niemand entlassen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. beanstandete, dass den getroffenen Maßnahmen kein Dialog mit den Betroffenen zugrunde gelegen habe, sondern von oben herab entschieden worden sei. Mit der vorgesehenen personellen Ausdünnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung gehe das dort vorhandene Know-how verloren. Die Reform, mit der man bewährte Strukturen zerschlage, werde dazu führen, dass weitere Aufgaben aus dem öffentlichen Dienst herausgelöst und privatisiert würden. Die Regelung durch einen Organisationserlass sei eine Notmaßnahme der Bundesregierung, weil sie erkannt habe, dass die von ihr geplante Reform mit den Bundesländern nicht zu machen sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bezweifelte, dass es sinnvoll sei, jetzt noch einmal zwei Anträge vorzulegen, statt die für die Ausarbeitung der Details der Reform eingesetzten Arbeitsgruppen erst einmal in Ruhe arbeiten zu lassen. Man solle sich auf die inhaltliche Ausarbeitung der Einzelheiten konzentrieren, statt sich an der Frage festzuhalten, ob die Reform nun durch Gesetz oder Organisationserlass erfolgen solle. Sie kritisierte, dass die Reform gegenüber den Beschäftigten mangelhaft kommuniziert worden sei und man die bei diesen durchaus vorhandene Veränderungsbereitschaft nicht für eine Lösung nutze, die von den Beschäftigten mitgetragen werde.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13228.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/13229.

Berlin, den 25. Juni 2013

Torsten Staffeldt
Berichterstatter

